



Mecklenburg-Vorpommern - sozial gerecht und wirtschaftlich stark!

**Regierungserklärung
des Ministerpräsidenten
von
Mecklenburg-Vorpommern,
Erwin Sellering,
am 21.Oktober 2008
im Schweriner Landtag**

Sperrfrist: Ende der Rede.
Es gilt das gesprochene Wort!

Anrede,

wer in diesen Tagen eine Regierungserklärung abgibt, kommt nicht umhin, die Krise auf den Finanzmärkten anzusprechen. Denn davon sind auch wir in Mecklenburg-Vorpommern betroffen. So bekommt die Holzindustrie in Wismar die negative Entwicklung im Wohnungsbau in den Vereinigten Staaten zu spüren. Klausner musste Kurzarbeit „Null“ anmelden.

Ich bin froh, dass es gelungen ist, in dieser ernsten Situation gemeinsam mit dem Bund entschlossen zu handeln. Durch das am letzten Freitag beschlossene Gesetz zur Stabilisierung der Finanzmärkte werden die Spareinlagen der Bürger gesichert. Den Banken und Sparkassen wird ermöglicht, den Unternehmen auch in unserem Land weiter die notwendigen Kredite zur Verfügung zu stellen.

Natürlich tut es weh - gerade angesichts der soliden Finanzpolitik der letzten Jahre - große Summen an Steuergeldern zur Verfügung zu stellen, nur weil verantwortungslose Banker Milliarden verzockt haben. Dem muss in Zukunft unbedingt ein Riegel vorgeschoben werden. Wir brauchen mehr feste Regeln auf den internationalen Finanzmärkten, an die sich alle halten.

Jetzt ging es aber darum, durch entschlossenes Handeln Schlimmeres zu verhüten. Deshalb hat Mecklenburg-Vorpommern dem Gesetz zugestimmt - aber erst nachdem wir in zähen Verhandlungen ganz entscheidende Verbesserungen für unser Land erreicht haben. Nach den ursprünglichen Planungen hätten uns im schlimmsten Fall Belastungen von etwa 2,5 Milliarden Euro gedroht.

Nun ist eine Obergrenze festgelegt, die für Mecklenburg-Vorpommern bedeutet, dass maximal 130 Mio. Euro beizutragen sind. Das ist unter den schwierigen Bedingungen ein wirklicher Erfolg.

Meine Damen und Herren,

mit Ablauf des 3. Oktober 2008 ist Dr. Harald Ringstorff nach fast zehn Jahren Regierungszeit als Ministerpräsident zurückgetreten. Nicht etwa, weil er musste, nein, weil er wollte - weil er meinte, nun ist es Zeit. Kaum ein anderer Regierungschef in Deutschland hat das vor ihm so ruhig und souverän vorbereitet und umgesetzt. Das verdient Respekt und Anerkennung.

Unter der Führung von Harald Ringstorff ist Mecklenburg-Vorpommern gut vorangekommen. Mecklenburg-Vorpommern hat sich sehr positiv entwickelt. Die Arbeitslosigkeit ist auf dem niedrigsten Stand seit 1991. Im Tourismus ist Mecklenburg-Vorpommern bundesweit in der Spitze. Wir haben als eines der ersten Länder einen schuldenfreien Haushalt vorgelegt und bauen derzeit sogar Schulden ab. Auch in den Bereichen Kita, Hochschule, bei der Stadtsanierung und der Verkehrsinfrastruktur sind wir deutlich vorangekommen. Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürger können wir darauf stolz sein.

Nun hat Harald Ringstorff den Staffelstab an mich weitergereicht. Am 6. Oktober bin ich von diesem hohen Hause zum Ministerpräsidenten gewählt worden. Die Bilanz von Harald Ringstorff ist ein politisches Erbe, auf dem ich aufbauen möchte. In vielen Bereichen sind wir schon gut, aber wir müssen noch besser werden. Dazu werde ich auch neue Akzente setzen.

Zusammen mit meiner Regierungsmannschaft werde ich hart dafür arbeiten, Mecklenburg-Vorpommern weiter voranzubringen - darauf haben die Menschen einen Anspruch, darauf können sie sich verlassen.

Neben Verlässlichkeit in der Sache stehe ich auch für Verlässlichkeit gegenüber dem Koalitionspartner. SPD und CDU haben zu Beginn dieser Legislatur eine Koalitionsvereinbarung abgeschlossen, die den Rahmen setzt und die Ziele des Regierungshandelns bis 2011 klar bestimmt. Harald Ringstorff hat dazu eine ausführliche Regierungserklärung im Landtag abgegeben. Diese Koalitionsvereinbarung gilt.

Der Rahmen ist also gesetzt. Innerhalb dieses Rahmens möchte ich Ihnen meine Schwerpunkte und die politischen Akzentsetzungen meiner zukünftigen Regierungsarbeit vorstellen.

Meine Damen und Herren,

eines ist mir ganz wichtig und deshalb stelle ich es allem anderen voran:

ich möchte ein Ministerpräsident für alle Menschen in Mecklenburg-Vorpommern sein - für die Mecklenburger und die Vorpommern, für Frauen und Männer, für Junge und Alte, für Starke und Schwache, für Gesunde und Kranke, für Unternehmer genauso wie für Hartz IV-Empfänger. Die Bauern sind mir ebenso wichtig wie die Werftarbeiter, die Ärzte und Krankenschwestern, die Kassiererinnen im Supermarkt, die Forscher an den Unikliniken. Alle werden gebraucht.

Und sie werden bei uns im Land, in unserer Heimat, gebraucht! Für mich ist die wichtigste Aufgabe als Ministerpräsident, Politik so zu gestalten, dass wir alle mitnehmen und keinen zurückzulassen. Wie in einer Familie ist es auch in der Gesellschaft die Aufgabe des Starken, dem Schwächeren zu helfen, damit er auf eigenen Füßen stehen und sein Leben selbst meistern kann. Familie ist Gemeinschaft. Familie lässt niemanden allein. Sie ist da, wenn man sie braucht. Familie, das bedeutet Zusammengehörigkeit. So wollen wir in Mecklenburg-Vorpommern miteinander umgehen.

Denn nur, wenn wir zusammenhalten, werden wir die Aufgaben der Zukunft meistern. Wir wissen: Spätestens 2020 müssen wir auf eigenen Füßen stehen. Mecklenburg-Vorpommern kann sich nicht darauf verlassen, dass andere, der Bund und Europa, weiter einen großen Teil der Rechnungen bezahlen. Spätestens 2020 müssen wir sagen können: Wir gestalten unsere Zukunft aus eigener Kraft.

Unser Ziel ist:

Ein starkes, selbstbewusstes und modernes Bundesland.

Ein Land, von dem die Menschen in ganz Deutschland und darüber hinaus sagen: Da möchte ich leben, da will ich arbeiten. Ein Land, das stolz ist auf seine Leistungen und seine Traditionen selbstbewusst pflegt. Ein Land, in dem die Menschen sich etwas zutrauen, weil sie sehen, sie haben schon viel erreicht und weil sie wissen, sie können noch mehr. Das ist unser Horizont. Da wollen wir hin. Da wollen wir 2020 stehen.

Wie erreichen wir das? Wir wissen: Sozialer Fortschritt und eine starke Wirtschaft - das ist kein Widerspruch. Das gehört zusammen. Wenn jeder eine Chance hat, seine Begabungen und Stärken zu entwickeln, dann kommt das uns allen zugute. Jeder soll seine Begabung in die Gemeinschaft einbringen können. Nur wenn wir alle mitnehmen und niemanden zurücklassen, sind wir als Gemeinschaft stark, auch wirtschaftlich.

Deshalb brauchen wir mehr Chancengleichheit.

Mehr Chancengleichheit – das fängt in den Familien an.

Die Familien vermitteln den Kindern die Kompetenzen, sich im Leben zurechtzufinden. Dazu machen wir die Familien stark. Eltern bieten wir bei der Erziehungsarbeit Unterstützung an. Zusammen mit der Wirtschaft verbessern wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Männern wie Frauen ermöglichen wir so, gleichberechtigt Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen.

Zur Attraktivität unseres Land gehört, dass wir das Kinderland MV sind, dass wir ein hervorragendes Angebot für Familien haben. Schon heute gehört das Kinderbetreuungssystem in Mecklenburg-Vorpommern zu den besten in Deutschland. Oder wie mir neulich eine aus Westdeutschland zugezogene Mutter sagte: „Das ist ja wie im Paradies.“. Das Angebot stimmt also. Aber Chancengleichheit heißt auch, dass der Kita-Besuch nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen darf. Deshalb haben wir durchgesetzt, dass Kinder aus sozial bedürftigen Familien in den Kindertagesstätten und Krippen ein kostenloses gesundes Mittagessen erhalten. Denn eine gesunde Ernährung ist wichtig für die Entwicklung eines jeden Kindes. Darüber hinaus trägt das Land künftig einen Teil der Elternbeiträge im letzten Kindergartenjahr vor der Einschulung. Der nächste Schritt wird sein, das Kindertagesstättengesetz weiter zu verbessern. Dazu wird auch gehören, für mehr Kinder mehr Geld zur Verfügung zu stellen. Als wir 2004 den Pauschalbetrag für die Kitas ins Gesetz geschrieben haben, hatten wir fast 10.000 Kinder weniger in den Kitas als heute. Bei der Novellierung des Kindertagesstättengesetzes werden wir das berücksichtigen. Und dort, wo es soziale Brennpunkte gibt, brauchen Kinder eine besonders intensive Betreuung. Das liegt mir am Herzen.

Langfristiges Ziel ist, dass die Kita für alle kostenfrei ist. Das gilt auch für das Mittagessen in den Kitas wie in den Schulen. Dieses Ziel können wir aber nur erreichen, wenn sich der Bund mit einem erheblichen Anteil an der Finanzierung beteiligt. Das ist für mich das wichtigste Thema morgen beim Bildungsgipfel mit der Bundeskanzlerin.

Chancengleichheit bedeutet vor allem mehr Bildung. Bildung sichert Aufstiegschancen. Wir brauchen deshalb gute vorschulische Bildung schon in den Kitas. Die Kommission hat dazu interessante Vorschläge gemacht, die wir prüfen werden. Wichtig ist: Wir wollen Kinder stark machen, ihnen Rückgrat geben, damit sie klar kommen im Leben. Bei meinen Besuchen im letzten Sommer in den Kitas habe ich erlebt, wie engagiert und mit wie viel Begeisterung die Erzieherinnen das umsetzen. Respekt vor dieser Arbeit, von der ich mir wünsche, dass sie in Zukunft auch von deutlich mehr Männern ausgeübt wird. Gleichberechtigung lebt vom Beispiel und Erziehung ist eben nicht weiblich, sondern Sache von Mann und Frau, von Mutter und Vater.

Meine Damen und Herren,
ebenso wichtig wie gute Kitas sind gute Schulen. Mit der flächendeckenden Einführung der selbständigen Schule schaffen wir die Voraussetzung, dass in den Schulen künftig mehr vor Ort entschieden wird. Durch mehr Ganztagschulen können wir besser auf die individuellen Stärken und Schwächen der Schülerinnen und Schüler eingehen. Auch das schafft mehr Chancengleichheit.

Dabei ist klar: Wir können nicht hinnehmen, dass mehr als 10 % der Jugendlichen die Schule ohne Abschluss verlassen. Schon jetzt fehlt unserer Wirtschaft der Nachwuchs. Mein Ziel ist, diese Quote bis spätestens 2020 auf die Hälfte zu reduzieren. Zugleich soll die Zahl der Abiturienten von jetzt 33% auf über 40% steigen. So schaffen wir Chancen und Perspektiven für unsere Jugend.

Eins noch zu denen, die all das leisten sollen, den Lehrern: Ich habe großen Respekt vor der Leistung der Lehrerinnen und Lehrer. Von ihnen wird viel erwartet. Sie sollen nicht nur Stoff vermitteln, sondern auch Erzieher der Kinder sein, Psychologen und Ratgeber – und natürlich Vorbilder. Ich finde, sie hätten manchmal mehr Unterstützung von den Eltern verdient. Und mehr Respekt und Anerkennung von uns allen. Für eine gute Zukunft brauchen wir nicht nur kreative Ingenieure. Wir brauchen auch leidenschaftliche Lehrer, die unseren Kindern Lust auf Lernen machen.

Meine Damen und Herren,
in den Bereichen Wirtschaft und Arbeit haben wir in Mecklenburg-Vorpommern in den letzten Jahren viel geleistet und viel erreicht. Die Wirtschaftsstruktur im Land hat sich verbessert,

neue zukunftsfähige Arbeitsplätze sind entstanden. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten steigt. Das ist gut. Doch damit können wir uns noch nicht zufrieden geben. Für einen selbsttragenden wirtschaftlichen Aufschwung reicht das noch nicht aus. Die Wirtschaft weiter voranbringen und zusätzliche Arbeitsplätze hier im Land schaffen – das ist deshalb der zweite politische Schwerpunkt der von mir geführten Landesregierung.

Dazu werden wir die Standortoffensive fortsetzen und Neuansiedlungen gezielt fördern – selbstverständlich ohne die Interessen der schon ansässigen Unternehmen zu vernachlässigen. Bei uns finden vor allem mittelständische Unternehmen gute Standortbedingungen: Gut ausgebildete Fachkräfte, Grundstücke in logistisch interessanter Lage, schnelle Genehmigungsverfahren aus einer Hand und eine gute Betreuung. Deshalb haben sich Unternehmen wie Liebherr, Nordex und Netto für den Standort Mecklenburg-Vorpommern entschieden.

Unsere Stärke sind die Menschen. Die Menschen in unserem Land haben ganz unterschiedliche Fähigkeiten. Für jeden von ihnen brauchen wir Arbeitsplätze. Deshalb muss die Wirtschaft unseres Landes breit aufgestellt sein. Verarbeitendes Gewerbe, die maritime Wirtschaft und Logistik sind genauso wichtig wie Biotechnologie, Tourismus, Ernährungsgüterwirtschaft und Servicecenter.

Im Interesse der Wirtschaft wird die Investition in die Infrastruktur weitergehen. Eine immer wichtigere Rolle für die weitere wirtschaftliche Entwicklung des Landes spielen die Häfen. Auf Grund ihrer unterschiedlichen Ausrichtung besitzen sie gute Voraussetzungen, vom Wachstum im Ostseeraum zu profitieren. Das nutzt nicht nur der Logistikwirtschaft. Die Häfen etablieren sich auch immer mehr als Standorte für neue Unternehmen. Im Kreuzfahrt- und Passagierverkehr haben wir ebenfalls noch Reserven.

Wichtig ist auch, Unternehmen, Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen noch enger zu verknüpfen. Davon profitieren letztlich alle: Die Wissenschaft von Forschungsaufträgen, die Wirtschaft von der Umsetzung in neue Produkte und Dienstleistungen, das Land von zukunftsfähigen Arbeitsplätzen und weiter wachsender Lebensqualität.

Gut ausgebildete Fachkräfte sind die wichtigste Ressource im Wettbewerb. Doch schon heute finden viele Unternehmen nicht mehr genug geeignete Auszubildende. Alle Arbeitgeber sind davon betroffen und tun daher gut daran, sich ihren Nachwuchs zu sichern - und zwar im eigenen Interesse. Mögen geringe Lohnkosten früher ein Standortvorteil gewesen sein, inzwischen muss die Wirtschaft umdenken. Um Fachkräfte hier zu halten oder nach Mecklenburg-Vorpommern zu holen, brauchen wir angemessene Löhne und Ausbildungsvergütungen.

Das ist Sache der Tarifpartner. Deshalb brauchen wir starke Gewerkschaften. Und wir müssen als Staat Leitplanken setzen, damit nicht einer der Tarifpartner von der Straße gedrängt wird. Hier gibt es allerdings unterschiedliche Auffassungen innerhalb der Regierungskoalition – ich jedenfalls bin mit den Gewerkschaften einer Meinung: Wir brauchen einen gesetzlichen Mindestlohn in Deutschland. Wer den ganzen Tag arbeitet, muss sich und seine Familie davon ernähren können. Das ist für den Einzelnen eine Frage der Gerechtigkeit. Für das Unternehmen ist es eine Frage der wirtschaftlichen Vernunft.

Auch die Finanzierung von Betriebskindergärten zum Beispiel ist nicht allein eine soziale Wohltat. Sie trägt auch dazu bei, Fachkräfte an das Unternehmen zu binden.

Die Unternehmen im Land brauchen aber nicht nur den Elan der Jungen, sondern auch die Erfahrung der Älteren. Wir wollen, dass Jung und Alt hier im Land Arbeit und Perspektiven haben. Unser Land braucht alle Talente. Dafür werden wir werben!

Meine Damen und Herren,

für Mecklenburg-Vorpommern spricht vieles. Menschen von außerhalb denken bei Mecklenburg-Vorpommern sofort an das Gelb der weiten Rapsfelder, an den hohen blauen Himmel, die Alleen, die Ostsee, die herrlichen Flecken unberührter Natur. An dieses Bild knüpfen wir an. Im Tourismus, in der Gesundheitswirtschaft. In Mecklenburg-Vorpommern öffnen sich Horizonte für Menschen aus ganz Deutschland und darüber hinaus, die hier bei uns Urlaub machen, leben und arbeiten wollen. Auch für Menschen, die sagen, Mecklenburg-Vorpommern soll meine neue Heimat werden.

Dabei geht es uns nicht allein um Jüngere, die hier arbeiten wollen. Immer mehr Senioren verlegen ihren Wohnsitz nach Mecklenburg-Vorpommern. Diesen Trend wollen wir verstärken. Auch hier stehen wir im Wettbewerb. Wir dürfen die Werbung um diese Gruppe nicht allein den Sachsen überlassen. Bei uns in Mecklenburg-Vorpommern ist es schöner und gesünder.

Mein Ziel ist, Mecklenburg-Vorpommern zum Gesundheitsland Nummer eins in Deutschland zu machen. Wir haben gute Voraussetzungen, das zu schaffen. Eine saubere Umwelt, gesunde Lebensmittel, hervorragende Reha-Einrichtungen, gute Wellness-Angebote – damit sind wir Spitze in Deutschland.

Meine Damen und Herren,

Mecklenburg-Vorpommern ist ein weltoffenes Land, das ausländische Investoren und Urlaubsgäste willkommen heißt, ein Land, das internationale Zusammenarbeit und Austausch fördert und so für Jung und Alt Perspektiven schafft. Das lassen wir uns von Rechtsextremisten nicht kaputt machen. Rechtsextremisten schaden dem Ansehen des Landes, sie schaden den Menschen, die gerne in Mecklenburg-Vorpommern leben. Und sie schaden auch der Wirtschaft. Rechtsextremisten lösen keine Probleme. Sie schaffen Probleme. Das lassen wir nicht zu.

Bei der Bekämpfung der neuen Nazis setzen wir weiterhin auf die Doppelstrategie von Repression und Prävention. In Mecklenburg-Vorpommern gibt es null Toleranz für rechtsextremistische Straftäter. Alle Straftaten werden konsequent verfolgt.

Viele Menschen treten inzwischen aktiv gegen Rechtsextremisten auf. Vereine wehren sich erfolgreich gegen die Unterwanderung durch Nazis. Die Regionalzentren für demokratische Kultur werden gut angenommen. Sie leisten gute Arbeit. Unsere Demokratie setzt sich gegen ihre Feinde aktiv zur Wehr.

Damit junge Menschen gar nicht erst auf Rechtsextremisten und ihre so genannten Kameradschaften hereinfliegen, ist es wichtig, dass Freizeitangebote zur Verfügung stehen, die Gemeinschaft und Zugehörigkeit bieten. Deshalb kann die ehrenamtliche Arbeit in Sportvereinen und bei den Feuerwehren, im Rettungsdienst und im Katastrophenschutz gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Und die Kirchen leisten mit ihrer Arbeit, mit ihrem Einsatz für Mitmenschlichkeit und ihrem Eintreten für die Würde des anderen einen unverzichtbaren Beitrag.

Wichtig ist: Wir dürfen die Menschen vor Ort mit ihren Sorgen und Ängsten nicht allein lassen. Wir müssen ansprechbar sein und dort, wo es möglich ist, Hilfestellung und Unterstützung geben. Ich werde deshalb einmal im Monat an wechselnden Orten im Land eine Bürgersprechstunde abhalten.

Meine Damen und Herren,

die Menschen mit ihren Sorgen nicht allein lassen, das gilt auch für andere Bereiche.

In der Region um Lubmin hat sich ein breites Bürgerbündnis gegen das von Dong Energy geplante Steinkohlekraftwerk gegründet. Das Anliegen der Bürgerinnen und Bürger nehme ich sehr ernst. Meine Damen und Herren, Sie wissen, anders als mein Vorgänger bin ich, was das geplante Kraftwerk angeht, eher skeptisch. Aber wie Harald Ringstorff stehe ich selbstverständlich für ein objektives, faires Genehmigungsverfahren. Dazu gehört auch, dass ausreichend Zeit und Gelegenheit ist, die Einwände und Bedenken sorgfältig und ernsthaft abzuwägen. Das garantieren wir, und das ist zur Zeit auch in vollem Gange, ohne Vorfestlegung in die eine oder andere Richtung.

Meine Damen und Herren,

mit der Hilfe des Bundes und Europas investieren wir heute pro Kopf der Bevölkerung mehr Geld in unsere politischen Schwerpunktthemen Wirtschaft, Bildung und Familie als zum Beispiel Bayern oder Baden-Württemberg. Wenn wir weiter aufholen wollen, muss das auch so bleiben. Und zwar auch dann, wenn wir in den nächsten Jahren weniger Unterstützung aus Berlin und Brüssel bekommen. Das können wir aber nur erreichen, wenn wir weiter gute Fortschritte bei der Haushaltssanierung machen.

Viele Menschen fragen sich angesichts der aktuellen Finanzkrise, ob sich die Haushaltssanierung wirklich gelohnt hat und weiter lohnt. Ich sage: Ja, sie lohnt sich. Gerade weil wir solide gewirtschaftet haben, kommen wir in Krisen besser zurecht. Und das, was jetzt Gesetz geworden ist zur Stabilisierung der Finanzmärkte, das ist kein Grund, für die Zukunft doch wieder Kredite in Anspruch zu nehmen. Ich denke, jeder hier in diesem hohen Haus hat dafür Verständnis, dass ich im Vorfeld der schwierigen Verhandlungen zu diesem Gesetz auch auf die große Gefahr für unseren Konsolidierungskurs hingewiesen habe. Eine unbegrenzte Haftung mit 35 % - also maximal etwa 2,5 Milliarden Euro – hätte in der Tat eine ganz erhebliche Gefährdung dargestellt. Das konnte aber zum Glück abgewendet werden. 130 Millionen Euro – das ist eine ganz andere Dimension, das ist beherrschbar. Ziel der Landesregierung bleibt auch im Doppelhaushalt 2010/2011: Keine Neuverschuldung!

Solide Finanzpolitik erfordert auch schmerzhaftes Einschnitte. Das ist nicht einfach, wie sich in den letzten Monaten in der Diskussion zum Landesblindengeld gezeigt hat. Dazu wird es noch eine Anhörung und Beratung im Parlament geben. Bei der endgültigen Entscheidung ist sicherlich zu berücksichtigen: Die Bedürftigen erhalten weiter Blindenhilfe.

Meine Damen und Herren,

damit wir finanzielle Spielräume gewinnen, brauchen wir eine umfassende Verwaltungsreform. Die Bürger haben ein Recht darauf, dass ihr schwer verdientes Geld sparsam und wirtschaftlich eingesetzt wird. Wir brauchen leistungsstarke, effiziente Verwaltungseinheiten mit bürgerfreundlichen Strukturen und eine starke kommunale Selbstverwaltung. Landesregierung und Landesparlament haben sich im Sommer auf ein gemeinsames Leitbild verständigt, das den weiteren Handlungsrahmen für die Reform bildet. Die von mir geführte Landesregierung will, dass die Verwaltungsreform 2011 in Kraft treten kann.

Meine Damen und Herren,

wer das Beste für Mecklenburg-Vorpommern und seine Bürgerinnen und Bürger will, der muss in entscheidenden Fragen auch deutlich seine Stimme in Berlin erheben.

Eine besonders wichtige und schwere Auseinandersetzung steht uns im Rahmen der Föderalismuskommission II bevor. Denn es gibt Bestrebungen, Mecklenburg-Vorpommern zum Geberland zu machen – für Länder, die über weitaus bessere finanzielle Voraussetzungen verfügen, aber weniger konsequent gespart haben als wir. Das können wir nicht hinnehmen. Das würde unsere gemeinsamen Anstrengungen der letzten Jahre, das

würde die jahrelange gemeinsame gute Arbeit von Landesregierung und Landtag in Frage stellen.

Besonderen Einsatz brauchen auch die Rentner hier im Land. Im Osten droht massive Benachteiligung, wenn diejenigen in Rente gehen, die nach der Wende unverschuldet arbeitslos waren oder schlecht bezahlte Jobs annehmen mussten. Dem müssen wir entgegenwirken, z.B. durch bessere Anrechnung der ALG II-Zeiten. Vor allem muss endlich Schluss damit sein, dass es unterschiedliche Renten in Ost und West gibt. Dazu hat die Landesregierung einen Antrag verabschiedet, der zur Zeit zwischen den neuen Ländern abgestimmt und in den Bundesrat eingebracht wird.

Für mich ist auch wichtig, dass Kinder aus bedürftigen Familien einen gesondert für sie und ihre Bedürfnisse berechneten Regelsatz bekommen. Dabei ist es sinnvoll, besondere Bedarfe durch Sachleistungen abzudecken, die den Kindern direkt zugute kommen und nicht den Umweg über das Portmonee ihrer Eltern nehmen. Dafür habe ich mich erfolgreich bei der Familienministerkonferenz eingesetzt. Der Bundesrat hat das kürzlich bekräftigt. Da werde ich dran bleiben.

Meine Damen und Herren,

das Ziel der von mir geführten Landesregierung ist klar:

Ein Mecklenburg-Vorpommern, das seine Zukunft aus eigener Kraft gestaltet. Ein Land, das stark ist und sich stark macht für seine Interessen. Ein Land, in dem man gerne lebt und in das man gerne kommt. Ein Land, in dem jeder seinen Platz hat.

Dafür stehe ich als Ministerpräsident.

Dafür bitte ich Sie um Ihre Unterstützung. Für Mecklenburg-Vorpommern!